

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Stz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Erschkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Petitzeile ober deren Raum 30 A.
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Resultat der Feststellungen des Mitgliederbestandes in den Zahlstellen vom 23. Februar 1918.

724 Zahlstellen haben die Karte Nr. 4 für den 23. Februar eingekandt; sie weisen einen Mitgliederbestand nach von zusammen 61 880. Hiervon sind seit Ausbruch des Krieges bis zum 23. Februar 42 202 oder 68,20 pZt. zum Militär eingezogen. Als gefallen gemeldet waren bis zum 4. März 3192 Mitglieder. Arbeitslos waren am 23. Februar 212 Mitglieder, dagegen standen 19 067 Mitglieder in Arbeit und 399 Mitglieder waren krank.

Nach Abzug der zum Militär Eingezogenen von der Gesamtzahl der nachgewiesenen Mitglieder verbleibt ein Bestand von 19 678 Mitgliedern. Hiervon waren arbeitslos 1,08 pZt., krank 2,03 pZt. und in Arbeit standen 96,89 pZt. 21 Mitglieder waren zur Annahme von Arbeit nach auswärts bereit. Den Stand in den einzelnen Provinzen und Bundesstaaten veranschaulicht diese Tabelle:

Provinzen oder Bundesstaaten	Anzahl der an den Fest- stellungen beteiligten		Von den Mitgliedern (Spalte 3) sind					Zur Arbeit nach auswärts bereit
	Zahlstellen	Mitglieder	zum Militär eingezogen	arbeitslos	in Arbeit	krank		
1	2	3	4	5	6	7	8	
Ostpreußen	15	1249	857	29	358	5	—	
Westpreußen	13	1460	980	38	435	7	—	
Brandenburg	68	5867	3372	17	2439	39	1	
Pommern	42	1418	987	6	420	5	—	
Posen	16	454	334	6	114	—	—	
Schlesien	55	4529	3332	18	1156	23	—	
Sachsen	64	4569	2716	7	1818	28	1	
Schleswig-Holstein	49	2422	1748	4	656	14	—	
Hannover	50	2852	2055	4	770	23	—	
Westfalen	22	1149	894	1	247	7	3	
Hessen-Rhaffau	17	2338	1724	1	603	10	—	
Rheinland	18	3166	1870	3	1280	13	—	
Preußen	429	31473	20869	134	10296	174	5	
Bayern	50	4043	2635	17	1361	30	10	
(Rheinpfalz)	5	378	228	—	146	4	—	
Sachsen	59	11586	8337	21	3152	76	2	
Württemberg	13	1509	1089	—	413	7	—	
Baden	6	910	700	—	204	6	—	
Hessen	7	669	480	—	233	6	—	
Mecklenburg-Schwerin	50	1565	969	18	560	18	—	
Sachsen-Weimar	11	787	597	1	185	4	—	
Mecklenburg-Strelitz	9	282	176	11	90	5	—	
Oldenburg	10	680	536	—	142	2	—	
Braunschweig	13	577	375	1	196	5	—	
Sachsen-Meiningen	8	383	314	—	69	—	—	
Altenburg	8	462	305	2	149	6	—	
Coburg-Gotha	7	596	457	1	132	6	—	
Anhalt	9	454	267	—	182	5	—	
Schwarzburg-Sondersh.	2	104	76	—	28	—	—	
Rudolstadt	6	195	158	—	36	1	—	
Waldeck	2	26	24	—	1	—	—	
Reuß a. L. (Greiz)	2	110	104	—	6	—	—	
i. L. (Gera)	3	240	176	—	62	2	—	
Schaumburg-Lippe	3	76	62	—	12	2	—	
Lippe-Deimold	3	47	44	—	3	—	—	
Lübeck	2	370	239	—	122	9	—	
Bremen	1	1174	806	—	360	8	—	
Hamburg	3	2660	1799	6	882	23	4	
Elbsaß-Lothringen	3	525	430	—	95	—	—	
Deutsches Reich	724	61880	42202	212	19067	399	21	

Nach dem vorläufigen Ergebnis vom 9. Februar waren 68,24 pZt. der an den Feststellungen beteiligten Mitglieder zum Militär eingezogen; nach dem neuesten Ergebnis 68,20 pZt. Von je 100 noch vorhandenen Mitgliedern standen nach dem vorläufigen Ergebnis vom 9. Februar 97,02 in Arbeit, 0,97 waren arbeitslos und 2,01 krank. Nach dem neuesten Ergebnis standen 96,89 in Arbeit, 1,08 waren arbeitslos und 2,03 krank.

Von dem Zahlstellen- und Mitgliederbestande vor dem Kriege (819 Zahlstellen, 62 673 Mitglieder) wurden durch die Feststellungen am 23. Februar erfasst 88,40 pZt. der Zahlstellen und 98,78 pZt. der Mitglieder.

Nachstehend aufgeführte Zahlstellen haben das Ergebnis der Feststellungen für den 23. Februar nicht oder zu spät eingekandt. Die zu spät berichtet haben, sind durch einen Stern (*) kenntlich gemacht.

Brandenburg: *Beelitz, Dahme, Frankfurt a. d. O.
*Guben, Lehnin.
Pommern: *Pöcknitz, *Pölitz, *Swinemünde, *Neckermünde, *Wolgast.
Provinz Sachsen: Halberstadt, Staßfurt.
Schleswig-Holstein: Altdahlstedt.
Westfalen: *Minden.
Bayern: Lindau.
Baden: Freiburg.
Anhalt: Ballenstedt.
Hamburg: Bergedorf.

Die Karte Nr. 3 für den 9. Februar ist, nachdem das Resultat der Feststellungen für die Veröffentlichung im „Zimmerer“ Nr. 8 zusammengestellt war, noch aus 23 Zahlstellen eingegangen, die insgesamt 1561 Mitglieder nachweisen. Davon waren zum Militär eingezogen 1081, arbeitslos 7, krank 14, und 459 Mitglieder standen in Arbeit.

Das Endergebnis für den 9. Februar stellt sich demnach wie folgt: 735 Zahlstellen haben die Karte Nr. 3 eingekandt; sie weisen einen Mitgliederbestand nach von zusammen 62 813. Hiervon waren seit Ausbruch des Krieges bis 9. Februar 42 880 zum Militär eingezogen; arbeitslos waren am 9. Februar 195; dagegen standen 19 333 Mitglieder in Arbeit, und 405 waren krank. 23 Mitglieder waren zur Annahme von Arbeit nach auswärts bereit. Nach Abzug der zum Militär Eingezogenen konnten mithin die berichtenden Zahlstellen noch einen Mitgliederbestand von zusammen 19 933 nachweisen.

Der Termin der nächsten Feststellungen ist Sonnabend, 16. März. An diesem Tage ist die Karte Nr. 5 auszufüllen und sofort einzusenden.

„Schwarze Tage.“

Als ater dies, als schwarzen Tag hat die „Deutsche Tagesztg.“ den 25. Februar bezeichnet, weil da der neue Vizkanzler Bayer im Reichstage einen Vorstoß gegen die Konservativen, soweit sie sich den Annexionisten und der Vaterlandspartei zuzählen, unternommen hat, wie er in gleicher Schärfe und Entschiedenheit nur selten von der Regierungsbank aus zu verzeichnen gewesen ist. Da es Bayerns erste Rede als stellvertretender Reichskanzler war, durfte seine rückhaltlose Verurteilung des konservativen Treibens besonders auffallen. Und da er die Rede selbstverständlich im Einklang mit dem Reichskanzler v. Hertling und seinen übrigen Kollegen in der Reichsleitung gehalten hat, ist in ihr eine programmatische Äußerung der Reichsregierung zu erblicken. So fasste die Rechte sie auch auf. Als der erste konservative Debatteredner, Herr v. Gehdebrand, vom Kanzler eine Stellungnahme zu Bayerns Ausführungen forderte, mußte er zu seinem Mißbehagen hören, daß Hertling seinen Stellvertreter nicht dementierte, sondern daß er ihm recht gab. Die Beschwichtigung, wenn die Konservativen Bayerns Rede in Ruhe lesen würden, mußten sie einsehen, daß für sie kein Anlaß zur Erregung gegeben sei, war mehr Spott als Balsam. Denn tatsächlich hatte Bayern ausdrücklich und mehrmals von der „Rechten“ gesprochen, die bei ihrer Agitation nicht Rücksicht darauf nehme, wie ihr Verhalten vom feindlichen Auslande ausgenutzt werde und kriegsverlängernd wirke, die ferner ihrer Politik dadurch Kraft zu verleihen meine, daß sie denen, die anderer Ansicht sind, den guten Glauben abspreche, die schließlich die Interessen des Landes als höchst gefährdet ansehen, wenn nicht nach ihrem Willen, dem Willen einer Minderheit, regiert werde, und die endlich einige Tage zuvor in einer tausendköpfigen Versammlung einem Redner brausenden Beifall gespendet hätte, als er von der „niederträchtigen Resolution des Reichstages“ gesprochen und vor der Phantasie der erregten Zuhörer das Bild des erschrockenen Reichskanzlers heraufbeschworen habe, auf den geschossen werde, der aber hoffentlich vorher selbst schießen lasse.

Insbesondere war die Rechte über Bayern erobert, weil er ihr Verhalten zweimal mit dem der Unabhängigen gleichgestellt und bemerkt hatte, Deutschlands Feinde hätten die Wahl, ob sie die Pfeile gegen uns aus dem Köcher der äußersten Rechten oder dem der äußersten Linken entnehmen wollten. Als sich später Gehdebrand diese Gleichstellung mit Entrüstung verbat, wurde seine feierliche Verwahrung unter einer Lachsalbe begraben, die der Zuruf: „Das ist für Sie eine Ehre!“ gewedt hatte. Auch sonst hatte diesmal der kleine, schwächliche Mann mit dem klugen Gesichte kein Glück. Selbst daß er von seinem Freunde und Mitagrarier, dem tapferen Eblen von Januschau, merklich abrückte und dessen verwahrloste Reden, die dem Vizkanzler das Material zu seinen Angriffen geliefert hatte, nicht als Sprachrohr konservativer Gesinnung gelten lassen wollte, half ihm nichts; denn es konnte auf den in konservativen Blättern ausdrücklich betonten „brausenden Beifall“ hingewiesen werden, den des Januschauers wüste Rede gefunden hatte. Und daß die Jubiläumsversammlung des Bundes der Landwirte, auf der die Worte gefallen waren, von wurgelegten Konservativen gebildet wurde, konnte niemand bestreiten. Sie waren es gewesen, die jubelnd und brausend den Gedanken begrüßt hatten, es werde in den Straßen deutscher Städte Bürgerblut fließen, es werde auf den Kanzler geschossen werden, und dieser werde gleichfalls schießen lassen.

Was Bayern nur in zwei kräftigen, aber kurzen Strichen über die Konservativen angedeutet hatte, wurde in der dreitägigen Debatte ausgiebig mit charakteristischen Einzelheiten belegt. Namentlich die Genossen Scheidemann und Landsberg, aber auch Erzberger vom Zentrum und Wiener von der Volkspartei brachten über die von keinem Verantwortlichkeitsgefühl getragene maßlose Kriegshocherei der Alldeutschen und über ihre fanatische Feindschaft gegen jeden demokratisierenden Fortschritt im Innern so schlagendes Material bei, daß die Konservativen erdrückt wurden. Sie waren klug beraten, die Herren von rechts, daß sie weder ihren Grafen Westarp noch ihren ausfälligen v. Graefe ins Feuer schickten; denn beide wären die richtigen Leute gewesen, im Reichstage Stimmungsausschüß zu entfesseln, die den Konservativen nicht erwünscht sein können, zumal ihre Haltung zur Friedensfrage verknüpft war mit ihrer Stellung zur Wahlreform.

Bayern hatte der bestimmten Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sich im preussischen Landtage eine Mehrheit für die Wahlvorlage im Sinne der Regierung finden werde. Auch in andern politischen Kreisen wird diese Erwartung gehegt. Möglich, daß sie sich verwirklicht. Die nahe Zukunft muß die Entscheidung bringen. Sollte sie anders ausfallen, dann wird die Reichsregierung vor der Wahl stehen, ob sie der konservativen Stillschaltung sich fernerhin füge oder mit ihr endgültig brechen will. Sie hat zu wählen zwischen dem Vertrauen der Junker und dem des Volkes. Doch auch dann, wenn durch Fernbleiben vieler Wahlrechtsgegner von der Schlusabstimmung oder durch andere Mittel eine Mehrheit für das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht sich erzeugen läßt, darf damit der Kampf gegen die konservative Reaktion nicht abgeschlossen sein. Darüber muß sich die Regierung klar werden. All das konservative Gerümpel und Geröll, das in Preußen und auch im Reich mit schonender Behutsamkeit aufbewahrt wird, muß über Bord geworfen werden. Es müssen Zeiten kommen, von denen die Reaktion in Wahrheit als von schwarzen Tagen zu sprechen hat. Die Wahlreform allein macht es nicht. Auf Grund des gleichen und geheimen Wahlrechts wird ja ein Abgeordnetenhauss für Preußen zusammenkommen, das sich in seinen Parteiverhältnissen grell von seinen Vorgängern unterscheidet und in Verwaltungsfragen, in Schul- und Kirchenwesen, auf sozialem Gebiete andere Bahnen einschlagen wird als die preussische Bureaucratie bisher zu trotten gewohnt war. Erst dann wird sich zeigen, ob die preussische Regierung in Wirklichkeit geneigt ist, mit der Vergangenheit und dadurch mit der konservativen Reaktion zu brechen. In der Verwaltung darf nicht mehr wie bisher das konservative Bekenntnis oder die eintägige Zugehörigkeit

zu den Bonner Vorurteilen oder einem andern feudalen Studentenkorps entscheidend sein, und es darf nicht mehr nach der politischen Richtung gefragt werden. Im Schulwesen muß die volle Trennung von der kirchlichen Oberaufsicht erfolgen und die Ständeschule durch die allgemeine Einheitschule ersetzt werden. Die Kirche ist bis zu den äußersten Konsequenzen als private Einrichtung ihrer Anhänger zu betrachten und zu behandeln und ihr jede staatliche Zuwendung zu entziehen. Und vieles, vieles andere mehr.

Erst wenn die preussische Regierung in allen diesen Fragen beweisen wird, daß sie im neuen Geiste der neuen Zeit gerecht werden will, werden die Konservativen von schwarzen Tagen reden können. Die gleichen Tage würden allerdings zugleich die Geburtsstunde eines wirklichen Vertrauens des Volkes zur Regierung sein. Freilich: Nur strafbarer Leichtsinns wird geneigt sein, schon jetzt eine Hypothek auf diese Entwicklung zu nehmen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Quittung.

In der Zeit vom 1. bis 28. Februar gingen folgende Beträge für die Zentralkasse beim Unterzeichneten ein: Aus Mifeld M. 2,20, Breslau 300, Brunsbüttel 60,55, Brunsbüttel 50, Budow 30, Cüstrin 11,65, Delmenhorst 3,60, Dresden 4,80, Elmshorn 100, Eßberg 18,85, Gommern 14,40, Guben 83, Heide 39,76, Heidenheim 6,20, Jüterbog 20, Kattowitz 120, Merseburg 146,15, Mittlitz 13, Mittweida 13, Müdenberg 29,82, Osterwieck 29,90, Rostock i. M. —, 80, Stettin 500; Einzelzahler 25,10. Diverges: Zentralfrentenkasse der Zimmerer 527,93, für Infrate von Privaten 9,90, S.-H. zurück 74.

In diversen Belegen über der Zentralkasse in Rechnung gestellte Ausgaben gingen ein: Aus Bremen M. 564,70, Düsseldorf 67,90, Freiberg i. S. 25, Halle a. d. S. 3, Nürnberg 60, Ronneburg 6,20, Saarbrücken 78.

Vorschüsse zum Zwecke der Arbeitslosenunterstützungen wurden an nachbenannte Zahlstellen versandt: Crumwint M. 60, Dargun 50, Großröhrsdorf 20, Gumbinnen 100, Heringsen 100, Jüterburg 100, Kolberg 100, Kolzig 30, Landau 100, Regnitz 100, Matkissa 120, Roffen 50, Willfallen 125, Seidenberg 50, Sohland 100, Schlau 50, Straubing 160, Woldegt 100.

An Quittungen über Arbeitslosenunterstützung für Januar gingen ein: Aus Altenfittenbach M. 57, Bahreuth 106, Bergedorf 38, Bergen auf Rügen 85,50, Berlin 32, Bielefeld 117,25, Braunschweig 48,50, Breslau 24, Bromberg 78,75, Burgstädt 10,50, Cammer 147, Celle 17,50, Chemnitz 42, Crumwint 81, Culmbach 57, Dargun 22,75, Darmstadt 53,25, Deutsch-Lissa 56, Elbing 144,75, Flottbeil 18, Frieda 24, Friedeberg a. Queis 54, Gadebusch 15,75, Glauchau 10,50, Gnoien 15, Goldberg i. Schl. 36, Grabow 31,50, Großbreitenbach 49,50, Großenhain 27, Großröhrsdorf 24, Grünberg i. Rofen 43,75, Gumbinnen 126,25, Hamburg 393,75, Hannover 88, Heilbronn 21, Hohenfalsa 36, Jüterburg 60, Jzeho 48,50, Kattowitz 135,50, Kaufbeuren 57,75, Kolberg 42, Kolzig 19,50, Königs- hütte 21, Kurlbach 36, Landau 42, Landesbunt i. Schl. 18, Langenfalza 199,50, Lissa 42, Landau 19,50, Regnitz 66, Lübeck 30, Lützenwalde 24, Lützen 9, Lüt. 19,50, Marienburg i. Westpr. 63, Matkissa 111, Mittlitz 117, Mitrow 63, Naumburg a. d. S. 10,50, Neugersdorf 144,75, Neuruppin 42, Neustadt i. M. 14, Nordhausen 15, Roffen 54, Ober- rennersdorf 10,50, Odesloe 19,25, Willfallen 78, Posen 10,50, Pritz 6, Rastenburg 53,50, Rathenow 56, Regens- burg 31,50, Rößel 46, Rothenheim 33, Ruppertsdorf 25,50, Sohland a. d. Spree 99, Sülze 45,50, Schönberg i. M. 10,50, Stargard i. M. 9, Stendal 117, Stuttgart 4,50, Tarnbach 40,50, Thoren 6, Waren 9, Wiesbaden 40, Wismar a. d. Rube 59,50, Wittenburg i. M. 38,50, Woldegt 94,25, Wolgast 27, Wreschen 51, Wusterhausen 9, Zerbst 21, Zittau 36,75.

Arbeitslosenunterstützung wurde im Januar verausgabt:

36 Tage	à 50 „	= M. 18,—
109 „	à 75 „	= „ 81,75
90 „	à 100 „	= „ 90,—
114 „	à 125 „	= „ 142,50
1029 „	à 150 „	= „ 1543,50
1293 „	à 175 „	= „ 2262,75
357 „	à 200 „	= „ 714,—
3028 Tage		= M. 4852,50

Adolf Römer, Kassierer.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Gau 15 (Hessen und Hessen-Nassau).

Jahresbericht.

Wie im Vorjahre, war während des ganzen Jahres 1917 Arbeitslosigkeit genügend vorhanden. Große Bau- projekte sind im Gau nicht vorhanden; es handelt sich nur um Erweiterungsarbeiten für die in der Kriegsindustrie be- schäftigten Fabriken. Die Agitation kann nur dann von größerem Erfolg begleitet sein, wenn planmäßig gearbeitet werden kann, was unter den heutigen Verhältnissen, Lebensmittelschwierigkeiten und besonders weil unsere Zimmerer nur auf den Baustellen besucht werden können, kaum möglich ist. Versammlungen sind nur noch an wenigen Orten möglich; 70 bis 80 pzt. der Zimmerer im Gau wohnen außerhalb ihres Arbeitsortes und müssen so- fort nach Arbeitsbeginn die Eisenbahn benutzen. Im Berichtsjahre wurden 298 Neuaufnahmen für die Organisation ge-

wonnen; davon fielen auf die Zahlstelle Cassel 43, Darm- stadt 13, Frankfurt 144, Mainz 34, Wiesbaden 26 und Worms 14. Die Mitgliederbewegung zeigt folgendes Bild:

Datum der Erhebung	In Arbeit	Arbeits- los	Kran	Zum Militär	Zu- sammen
15. Juli 1914.....	2945	—	—	—	2945
16. Januar 1915.....	1432	67	25	1310	2834
15. Januar 1916.....	860	8	13	2029	2910
13. Januar 1917.....	730	—	16	2170	2918
14. April 1917.....	796	—	21	2114	2931
16. Juni 1917.....	886	—	21	2111	3018
15. September 1917...	942	2	23	2151	3118
12. Januar 1918.....	847	7	20	2193	3067

Im Frühjahr machte sich, durch die enorme Lebens- mittelerhöhung hervorgerufen, eine lebhaftere Unruhe und Unzufriedenheit unter unsern Mitgliedern in den größeren Orten bemerkbar. In Cassel und Mainz wurden örtliche Zulagen mit den Organisationen der Arbeitgeber verein- bart. In anderen Orten zahlten die meisten Arbeitgeber be- reits höhere Löhne als im Tarifvertrag vorgesehen. Diese Zustände führten dazu, daß der Vorstand des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes mit den Gauleitern der Bauvereine für das ganze mitteldeutsche Gebiet eine Zulage von 5 % ab 2. April 1917 vereinbarte. Diese Zulage war nur als Ab- schlagszahlung der kommenden zentralen Regelung gedacht. Die am 27. April vereinbarte Zulage von 15 % wurde im ganzen Gau mit Ausnahme von Höchst a. M. und Esch- wege gezahlt. In Höchst waren die Arbeitgeber aus dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband ausgetreten und sollten deshalb von der Rückvergütung, die zwischen Arbeitgeber- verband und Reichsamt des Innern vereinbart war, aus- geschlossen werden. (Berichte „Zimmerer“ Nr. 26 und 28 1917.) In Eschwege weigerten sich die Arbeitgeber, die Zu- lage zu zahlen mit der Begründung, für den dortigen Be- zirk wären die Zulagen nicht notwendig. Sie erklärten ihren Austritt aus der Arbeitgeberorganisation und glaubten, dadurch ihren Verpflichtungen entbunden zu sein. Die Kriegsamtstelle Cassel beehrte die Herren aber anders; darauf ist dann auch die Zulage gezahlt worden. („Zim- merer“ Nr. 45.) Das Reichsamt des Innern hat sich auf Verlangen des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Bau- gewerbe schriftlich verpflichtet, die Rückvergütung auch auf die Poliere, Lehrlinge und Arbeiterinnen auszuweiten. („Zimmerer“ Nr. 32 und 33.) Man sollte nun annehmen, daß auch so, wie verlangt, verfahren würde. Leider mußten wir die Erfahrung machen, daß eine Anzahl Arbeitgeber in ihren örtlichen Versammlungen gegenteilige Beschlüsse ge- faßt haben. So in Darmstadt und Hanau. Die Zimmer- meister in Darmstadt haben sich nach einigem Schriftwechsel bereit erklärt, die Zulagen auch an die Lehrlinge zu zahlen beziehungsweise nachzuzahlen, wogegen in Hanau kein be- friedigender Abschluß gefunden wurde. Die Schlichtungs- kommission für das Baugewerbe konnte keine Einigung er- zielen; die Arbeitgeber erklärten, die Lehrlinge fallen nicht unter den Vertrag. Der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband vertritt denselben Standpunkt. Der Schlichtungsausschuß der Kriegsamtstelle dagegen erklärte sich für unzuständig, weil die Lehrlinge unter den Vertrag fallen und die Streit- frage nur durch die Tarifinstanzen erledigt werden könne.

Im September kamen unsere Kameraden wiederum mit Forderungen auf Lohnerhöhung. Verhandlungen in den verschiedenen Orten verliefen ergebnislos. Unsere Kameraden stellten dann durch ihre Arbeiterschlüsse Forderungen an die Arbeitgeber, die diese mit der Begrün- dung, sie dürften als Mitglieder der Arbeitgeberorganisation nichts bewilligen, ablehnten. Die Arbeiterschlüsse wandten sich dann um Vermittlung an die Schlichtungsausschüsse, mit dem Erfolg, daß diese eine Lohnaufbesserung als not- wendig anerkannten, ein Urteil aber mit der Begründung ablehnten, das sei Sache der Tarifinstanzen. Die Folge waren Arbeitseinstellungen in Mainz und Frankfurt a. M. Verhandlungen mit dem Kriegsamt Frankfurt führten zu dem Ergebnis, daß dieses sich bereit erklärte, sofort beim Reichsamt des Innern dringend auf zentrale Verhandlun- gen zu drängen. Die Arbeitgeber gaben dieselbe Erklärung ab, wodurch dann die Gemüter beruhigt wurden. In Müßelsheim, Ingelheim und Mainz wurde eine sofortige Lohnerhöhung von 15 % vereinbart, wogegen die Frank- furter Kameraden die zentral vereinbarten 10 % ab 29. Oktober nachgezahlt erhalten haben.

Die im September 1917 aufgenommene Statistik ergab folgendes Resultat: Die Erhebungen erstreckten sich über 15 Zahlstellen, die 43 Lohngebiete mit 156 Betrieben um- faßten. Davon waren 41 Baugeschäfte, 80 Zimmer- geschäfte, 22 Beton- und 13 sonstige Betriebe, die selbständig Zimmerer beschäftigten. In den 41 Bau- geschäften arbeiteten 220 Zimmerer, wovon 159 Verbands- mitglieder und 61 unorganisiert waren. Die 80 Zimmer- geschäfte beschäftigten 466 Zimmerer, wovon 370 Verbands- mitglieder und 96 unorganisiert waren. In den 22 Beton- geschäften waren 150 Zimmerer beschäftigt, wovon 139 Ver- bandsmitglieder und 11 unorganisiert waren. In den 13 sonstigen Betrieben waren 40 Zimmerer beschäftigt, wovon 29 Verbandsmitglieder und 11 unorganisiert waren. In- gesamt waren in 156 Betrieben 876 Zimmerer beschäftigt, wovon 697 Verbandsmitglieder und 179 unorganisiert waren. Im Kriegsgebiet arbeiten 44 Verbandsmitglieder. Die Mitglieder der Zahlstellen Röhda, Seind und Gr.-Zim- mern arbeiten alle außerhalb ihres Zahlstellengebietes.

Im Berichtsjahre fanden 7 Sitzungen des Gauob- standes statt, 19 Sitzungen mit Zahlstellenvorständen, 27 Klassenrevisionen, 95 Versammlungen; davon beschäftigten sich 23 mit der Lohnbewegung, 71 mit Agitation anderer Art. Verhandlungen mit den Schlichtungsausschüssen usw., 69 Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Der Postverkehr betrug an Eingängen: 1730 Briefe, 1360 Karten, 435 Geld- sendungen, 412 Druckfächer, 42 Pakete; Ausgänge: 1892 Briefe, 942 Karten, 522 Geldsendungen, 15 900 Druckfächer und 16 Pakete.

Ueber Arbeitsmangel konnte auch in dem verflossenen Jahre, wie die eben genannten Zahlen am besten beweisen, nicht geklagt werden. Wenn auch eine Mitgliederzunahme von 118 zu verzeichnen ist, so genügt die aber bei der großen Zahl der unorganisierten Zimmerer im Gau bei weitem nicht. Nach der Statistik sind noch 170 unorganisierte Zimmerer er-

mittelt. Der größte Teil derselben ist für uns zu ge- winnen, wenn nur unsere Mitglieder auf den Baustellen etwas reger für ihre Organisation eintreten. Im Beton- gewerbe gibt es kaum noch Zimmerer, die uns fernstehen. Genau so könnte es auch in den Bau- und Zimmergeschäften sein. Der langersehnte Frieden muß doch einmal kommen. Große Aufgaben stehen uns bevor. In der Uebergangszeit gebrauchen wir alle Kräfte; nützen wir die Zeit aus. In Friedenszeiten war die Frühjahrszeit für uns die Zeit für die Agitation. Machen wir es jetzt ebenso. Agitiert und organisiert, damit die uns noch fernstehenden Zimmerer sich recht bald dem Verbands- anschließen.

Frankfurt a. M., 15. Februar 1918.

Heinrich Ehlers.

Gau 1 (Bezirk Ost- und Westpreußen).

Tätigkeitsbericht.

Die Hoffnungen, die auf das Jahr 1917 gesetzt wurden, den langersehnten Frieden zu bringen, sind leider nicht in Erfüllung gegangen. Dieser Umstand hat sich aber auch recht fühlbar auf dem wirtschaftlichen Gebiete bemerkbar gemacht. Die private Bautätigkeit im Gau ruhte voll- ständig, trotz der enormen Not an Kleinwohnungen. Dieser Zustand gibt Anlaß zum Denken; besonders, wenn unsere Selbsttätigen nach eingetretener Friedenszeit heimkehren. In Arbeiten waren daher nur die durch die Militärbehörden vergebenen Bauten und die im Wiederaufbaubereich vor- handen. Die auf das Wiederaufbaugeschäft gesetzten Hoff- nungen, wonach mit dem Neuerstehen des zerstörten Gebietes auch der Wiederaufbau unserer Berufsorga- nisation vollzogen werde, sind nicht ganz in Erfüllung gegangen. Unsere Mitglieder in den eingegangenen Zahlstellen sind fast ausschließlich zum Heeresdienst ein- gezogen worden, und wenn von diesen welche zur Arbeit beurlaubt wurden, so wurden sie in anderen Gebieten des Deutschen Reiches beschäftigt. Was nun an Zimmerern im Wiederaufbaubereich beschäftigt wird, sind solche aus anderen Provinzen und auch reklamierte Zimmerer. Wie letztere ihre Verbandszugehörigkeit auffassen, nachdem sie die Uniform angelegt haben, darüber wurde des öftern genügend berichtet. Aber eines soll nicht unerwähnt bleiben, daß auch die Bautätigkeit im Wiederaufbaubereich während des Berichtsjahres gegenüber dem Jahre 1916 ganz erheblich nachgelassen hatte, und was wohl in Zukunft, wenn der Krieg noch länger dauert, noch weiter in Erscheinung treten dürfte, sobald die notwendigen Arbeiten fertiggestellt sind. Auch die Belieferung des Baumaterials, die enormen Preise unterbinden die Bautätigkeit, und wenn auch hier und da die Schwierigkeiten beseitigt werden könnten, dann tritt ein weiterer Umstand in Erscheinung, indem das Bau- material, wie Steine, Zement usw., beschlagnahmt ist. Trotzdem wurde seitens der Gauleitung die Agitation nicht aus dem Auge gelassen und dementsprechende Maßnahmen getroffen. Wo sich die Gelegenheit bot, wurden Versammlungen abgehalten, in anderen Zahlstellen Sitzungen und dergleichen. Aber das Interesse unserer Kameraden ließ viel zu wünschen übrig. Je länger der Krieg dauert, desto verhängnisvoller wird dieser Zustand werden. Leider ver- bietet es der gegenwärtige Umstand, näher auf diese Ur- sachen einzugehen. Aber unsern mitgestimmten Kameraden sei es gesagt, daß durch diesen Zustand der Krieg nicht um einen Tag verkürzt wird. Nur die Gefahr besteht, daß unsere Organisation an ihrer Tatkraft einbüßen kann, wenn die Kameraden nicht bald einsehen, in was für einer Lage sie sich befinden, und danach ihre Maßnahmen treffen. Nur das Unternehmertum wird seine Vorteile daraus ziehen. Trotz aller gemachten Anstrengungen war es der Gau- leitung nicht möglich, in dem Berichtsjahre auch nur eine von den eingegangenen Zahlstellen wieder zu errichten. Leider muß die traurige Tatsache konstatiert werden, daß sich der Bestand der vorhandenen Zahlstellen um eine ver- ringert hat. Am Schlusse des Berichtsjahres waren im Gau 20 Zahlstellen. Die Zahlstelle Witow stellte ihre Tätigkeit ein, weil der Kassierer zum Heeresdienst eingezogen wurde. Unser Mitgliederbestand betrug 766, also 140 Mitglieder weniger als im Jahre vorher. In dieser Abnahme sind die zum Heeresdienst eingezogenen, die Abgereisten sowie die wegen Schulden Gefangenen einbegriffen. Es sei aber außer Zweifel, daß bei einigermaßen gutem Willen unserer noch vorhandenen Mitglieder der Rückgang durch Neuauf- nahmen wettgemacht werden könne. Hier muß scharf betont werden, daß die Gauleitung nicht alles machen kann: Mit- glieder werben, Lohn- oder Tenerungszulagen regeln und dergleichen mehr. Das sind alles Aufgaben, die die Zahl- stellen selbst zu erledigen haben, das mögen doch unsere Kameraden in den Zahlstellen endlich beherzigen. Selbst- verständlich ist die Gauleitung bereit, sie hält es sogar für ihre heiligste Pflicht, den Kameraden in den Zahlstellen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Nur dürfen die Zahlstellen ihre Selbstständigkeit nicht aus dem Auge lassen in der Auffassung, die Gauleitung sei ja das Mädchen für alles. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß im majusischen Kreise des Bezirksgebietes unser Kamerad Nicolai, Rastenburg, neben der Gauleitung tätig ist. Ueber seine Tätigkeit ist genügend im „Zimmerer“ berichtet worden. Es war ihm nicht möglich, auch nur eine von den Zahlstellen, die ihre Tätigkeit nach Ausbruch des Krieges einstellen mußten, wieder zu errichten. Die sich ihm bei diesem Unternehmen in den Weg stellenden Hindernisse sollen nicht noch einmal erörtert werden. Die Frage ist nur die, ob bei der sich ver- ringern Bautätigkeit diese Einrichtung noch bestehen bleiben kann. Seitens der Gauleitung wurde verschiedene Male während des Berichtsjahres der Versuch unternom- men, die eingegangenen Zahlstellen, wie zum Beispiel Deutsch-Ghlau, Osterode i. Ostpr., Goldau und Stallupönen, neu zu errichten. Leider waren alle Unternehmungen frucht- los. Die Arbeitsverhältnisse in Deutsch-Ghlau waren schlecht. Sitzungen in Osterode i. Ostpr., welches an der Grenze des Bezirksgebietes liegt, besser. Aber mit den dort beschäf- tigten Zimmerern waren keine Resultate zu erzielen. Man erklärte stets, es habe keinen großen Wert, eine Zahl- stelle zu errichten, weil man damit rechnen müsse, jeden Tag wieder eingezogen zu werden. Ähnliche Schwierig- keiten ergaben sich in den anderen in Frage kommenden Orten. Auch fehlt es an geeigneten Versammlungsorten oder an Unterkunftsräumen, in welchen mit den beschäf-

tigten Zimmerern in eingehender Weise geredet werden konnte. — Nun einiges über die stattgefundenen Lohnbewegungen. Von solchen kann eigentlich im wahren Sinne des Wortes nicht geredet werden, weil auch da die Fesseln des durch den Krieg verursachten Zustandes zu hart angelegt wurden. Es kam daher nur von einer Verlängerung der Tarifverträge, verbunden mit der Bewilligung von Teuerungszulagen, die Rede sein. Zunächst fand eine Verhandlung in Königsberg i. Pr. für das Wiederaufbaugesbiet statt. In dieser Verhandlung wurden mit Mühe und Not 10 % Teuerungszulage für die Arbeitsstunden herausgeholt. Alle andern Forderungen, wie zum Beispiel eine andere Regelung des Landgeldes sowie der Unterkunftsräume, mußten fallengelassen werden. Unsere Kameraden in dem Wiederaufbaugesbiet waren über diesen Erfolg nicht besonders erfreut. Galt es doch in einer Konferenz, die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigte, beschlossen, daß der Stundenlohn mindestens um 25 bis 30 % die Arbeitsstunden erhöht werden müsse, damit einigermaßen ein Ausgleich den teuren Lebensmittelpreisen gegenüber geschaffen werde. Daß der Lohn nur um 10 % die Stunde erhöht wurde, hatte zur Folge, daß die Arbeitgeber, wenn sie Leute haben und behalten wollten, denselben einen höheren Lohn als den vereinbarten zahlen mußten; daher stieg der Lohn bis zu 1,20 die Arbeitsstunde. Die im April eintretende Teuerungszulage von 15 % die Arbeitsstunde für das übrige Reich hatte zur Folge, daß ein Teil der Unternehmer auch im Gau 1 nicht recht an das Zahlen heran wollte. Diese Herrschaften sind durch den Weltkrieg noch keineswegs belehrt worden; sie denken nur immer noch an die Zeit, wo ihr Großvater ihre Großmutter geheiratet hat. Aber auch bei den Behörden, die die Teuerungszulage an die Arbeitgeber zurückzahlen müssen, wollte es nicht immer so vorkommen, wie es eigentlich geschehen mußte. So ist bis heute die Angelegenheit von dem Bau Teßendorf bei Marienburg noch nicht vollständig erledigt. Es sind immer noch Kameraden vorhanden, die da gearbeitet haben und auf die Nachzahlung der Teuerungszulage warten müssen. Hoffentlich wird diesem Zustand seitens der in Frage kommenden Stellen mehr Nachdruck verliehen, damit endlich die Zimmerer zu ihrem Rechte kommen. Was würden die staatlichen Beamten sagen, wenn diese ebenso wie die Zimmerer fast ein Jahr lang auf die Nachzahlung ihrer Teuerungszulage warten müßten? In einer Reihe von Fällen war die Gausalteilung gezwungen, schriftlich oder persönlich einzutreten, damit unsere Kameraden zu ihrem Rechte kamen. Eine am 6. Mai in Danzig stattgefundene Konferenz, an welcher als Vertreter des Zentralvorstandes unser Kamerad Herrn. Kube, Berlin, teilnahm, hat von dem Gang der zentralen Verhandlung, betreffend eine weitere Teuerungszulage, Kenntnis genommen. Die Anwesenden waren mit dem Resultat nicht zufrieden, da insbesondere Orte vorhanden waren, welche bereits einen höheren Lohn erhielten, als er mit der jetzigen Teuerungszulage betragen sollte. In Anbetracht der eigenartigen Situation erkannte die Konferenz trotzdem an, daß unsern Vertretern bei den zentralen Verhandlungen keine Schuld beizumessen sei, daß der Erfolg so mager ausgefallen war. Die Durchführung der im Dezember eingetragenen Teuerungszulage hat weniger Schwierigkeiten verursacht als die vorausgegangenen. Immerhin haben sich einige Unebenheiten bei der Durchführung derselben bemerkbar gemacht. So ist zum Beispiel Herr Huttomski in Marienburg noch nicht bereit, die neue Teuerungszulage zu zahlen. Ebenso hat Herr Windmüller in Riesenburg ganz erheblichen Widerstand geleistet. Unsere dort beschäftigten Kameraden erhielten aber ihr Recht, als dem Herrn Windmüller zu verstehen gegeben wurde, daß die Angelegenheit dem Schlichtungsausschuß in Deutsch-Gylau unterbreitet werde. Auch sind weiter keine besonderen Klagen über die am 17. Dezember neu eingetretene Teuerungszulage im Wiederaufbaugesbiet eingelaufen. In verschiedenen Orten waren unsere Kameraden sehr erfreut, daß ihre Verbandsleitung es verstanden hat, für sie etwas herauszuholen. Noch zu erwähnen ist, daß an der Konferenz in Königsberg unser erster Vorsitzender, Kamerad Schader, Hamburg, als Vertreter des Zentralvorstandes mit teilgenommen hat. Sodann hat derselbe noch in Danzig, Elbing und Königsberg in größeren Sitzungen Aufklärung über den Verlauf der letzten Verhandlungen und der neu in Kraft tretenden Teuerungszulage gegeben. Im übrigen muß gesagt werden, daß der Zentralvorstand alles, was im Interesse des Wiederaufbaugesbietes betriebs Agitation sowie der Lohnbewegungen lag, getan hat, was er tun konnte. Dieses trifft auch auf den übrigen Teil des Gaues 1 zu. Es hat unser Kamerad Römer, Hamburg, in den Zahlstellen Danzig, Elbing und Königsberg Versammlungen abgehalten, welche eigentlich einen besseren Besuch aufweisen mußten. Sodann wurde noch ein vom Zentralvorstand herausgegebenes Flugblatt in einer Auflage von 2500 Exemplaren verbreitet. Zur Erledigung dieser Arbeiten waren 5 Gauborstandshaltungen notwendig. In den Zahlstellen fanden zwecks Agitation usw. 32 Sitzungen statt, sodann 57 Kassenrevisionen, 25 Versammlungen sowie 50 Fälle Agitation anderer Art. In unorganisierten Orten, welche zu einem Zahlstellengebiet gehören, wurden 9 Fälle von Agitation anderer Art usw. erledigt. Die Lohnbewegungen erforderten 28 Sitzungen mit den Vorständen, 14 Versammlungen und 15 Verhandlungen mit den Unternehmern. Auf Ersuchen des Zentralvorstandes wurden 6 Aufträge erledigt. Es kommen 64 Orte in Betracht, in welchen der Gauleiter 163 mal eingreifen mußte. Sodann haben sich noch 37 Vertretungen als notwendig erwiesen. Orte, die keinem Zahlstellengebiet angehören, und solche, wo Zahlstellen bestanden haben, wurden 23 besucht; hieran beteiligte sich der Gauleiter 22 mal, und 6 Vertretungen haben sich als notwendig erwiesen. Der briefliche Verkehr gestaltete sich wie folgt: 606 Eingänge; davon 17 Telegramme nebst Telefongesprächen, 377 Briefe, 144 Postkarten, 18 Postanweisungen, 23 Patete und 27 Drucksachen; Ausgänge 960, die sich wie folgt verteilen: 725 Briefe, 111 Postkarten, 24 Postanweisungen, 13 Patete, 55 Drucksachen. Außerdem wurden noch 1200 Einladungen zu Sitzungen, Versammlungen, sowie sonstige schriftliche Arbeiten erledigt respektive hergestellt. Kameraden, das entrollte Bild der Tätigkeit der Gausalteilung im verfloßenen Berichtsjahre muß Euch allen ein Ansporn zu neuen Taten sein! Mit dem Eintritt des Frühlings muß in allen Zahlstellen eine tiefingreifende Agitation entfaltet werden! Alle unserer Berufsorganisation noch

fernstehenden Kameraden müssen derselben unbedingt beigefügt werden, damit die Lücken, die uns der Krieg gebracht hat, wieder ausgefüllt werden! Geschieht das Eurerseits, so kann getrost der Zukunft entgegengegangen werden. Elbing, den 1. Februar 1918. Konr. Zinsel.

Unsere Lohnbewegungen.

Bodum. Um eine Lohnaufbesserung haben die im Betriebe des „Bodumer Vereins“ beschäftigten Zimmerer und Schreiner nachgehakt. In einer an die Betriebsleitung gerichteten Eingabe wird gebeten, den Lohn um 25 pzt. zu erhöhen und ebenfalls eine höhere Bezahlung für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeiten sowie für gefährliche Reparaturen und schwierige, schmutzige Arbeiten einzutreten zu lassen. Begründet wird die Eingabe mit der herrschenden Teuerung.

Vereinbarung für die Bauten der Märktischen Flugzeugwerft in Gollm i. d. Mark. Die dort beschäftigten Kameraden erhielten einen Stundenlohn von 1,30 bis 1,50. Endlich ist es gelungen, einen einheitlichen Lohnsatz zu erreichen. Durch längere Verhandlung wurde am 23. Januar folgende Vereinbarung getroffen: Alle bei dem Vaugeschäft Roth & Co. auf der Baustelle der Märktischen Flugzeug-Werft, G. m. b. H., in Gollm i. d. Mark beschäftigten Maurer erhalten vom heutigen Tage ab einen Stundenlohn von 1,40. Vom 1. März 1918 ab erhalten alle Maurer einen Stundenlohn von 1,50. Die momentan bei Wasserarbeiten beschäftigten Maurer erhalten einen Extrazuschlag von 20 % pro Stunde. Die Zimmerleute, die momentan gegen einen Stundenlohn von 1,30 beschäftigt sind, erhalten vom heutigen Tage ab einen solchen von 1,40. Ab 1. März 1918 erhalten dieselben einen Stundenlohn von 1,50. Es liegt nun an den Kameraden, das Erreichte hochzuhalten und durchzuführen! Deshalb muß ein jeder dem Verband treu bleiben, und die neu hinzugekommenen müssen dem Verbande zugeführt werden. Erfülle daher jeder Kamerad seine Organisationspflicht!

Berichte aus den Zahlstellen.

Cresfeld. Am 3. Februar dieses Jahres fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Der Gauleiter, Kamerad Viktor Jansen aus Düsseldorf, war anwesend. Unser erster Kassierer, Kamerad Gahstert, verlas die Jahres- sowie die Abrechnung vom vierten Quartal 1917. Wir schließen ab mit einem Lokalkassenbestand von 1422,11. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Bei der Neuwahl des gesamten Vorstandes wurden gewählt: Kamerad Wilhelm Weber in Cresfeld als erster Vorsitzender, Kamerad Jakob Heher als zweiter Vorsitzender, als erster Kassierer wurde Kamerad Joh. Gahstert wiedergewählt, als zweiter Kassierer Kamerad Möller, als erster Schriftführer Kamerad Gottfried Forten, als zweiter Schriftführer Kamerad Edmund Streubel, als erster Revisor Kamerad Carl Schwarz und als zweiter Revisor Kamerad Max Ziel. Als erster Kartellbelegierter wurde Kamerad Edmund Streubel, als zweiter Kartellbelegierter Kamerad Möller gewählt. In Cresfeld sind seit Anfang des Krieges an die Familien der zur Fahne eingezogenen Kameraden bis zum Schluß des vierten Quartals 1917 aus Zentral- und Lokalkasse 5901,75 als Unterstützung ausgezahlt worden. Unter „Verbandsangelegenheiten“ wurden noch einige lokale Sachen erledigt. Hierauf Schluß der Versammlung.

Kiel. Am 11. Februar tagte unsere Mitglieder-versammlung mit folgender Tagesordnung: Abrechnung vom vierten Quartal, Tarifverlängerung und Teuerungszulage, Jahresbericht, Vorstandswahlen und Mitteilungen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des am Orte verstorbenen Kameraden R. Deed und der im Felde gefallenen Kameraden R. Jöbnd und A. Zwierrblatt durch Erheben von den Sitzen. Die Einnahme und Ausgabe für die Zentralkasse betrug im vierten Quartal 1,3046,35. Zur Auszahlung der 8. Rate der Familienunterstützung sind 2000 am Orte behalten. Der Kassenbestand der Lokalkasse betrug am Schluß des dritten Quartals 1,4879,64. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 1,9250,59, die Ausgabe 1,585,35. Nach Regelung unserer Beitragsleistung im dritten Quartal ist zum ersten Male seit Beginn des Krieges wieder eine Vermögenszunahme zu verzeichnen, sie betrug 1,785,60 und damit der Bestand der Lokalkasse 1,6665,24. Zu Beginn des vierten Quartals zählten wir 308 Mitglieder, am Jahresabluß 340, Zunahme 32, wozu 21 Neuaufnahmen. Die Beitragsleistung sei als eine gute zu bezeichnen. Die Revisoren berichteten, die Kasse in guter Ordnung befunden zu haben. In eingehender Weise wurde über die Verhandlungen zur Erlangung einer weiteren Teuerungszulage und der damit verbundenen Tarifverlängerung Bericht erstattet. Damit seien vom 10. Dezember 1917 ab folgende Stundenlöhne in Kraft getreten: für Kiel 1,16, Breech 1,01, Boorde 96 % und Bordesbholm 94 %, die am 1. April 1918 einen Aufschlag von 5 % erfahren. In der Diskussion wurde die Zulage als durchaus ungenügend bezeichnet gegenüber der ständig steigenden Teuerung, doch stimmte die Versammlung unter dem Zwange der Verhältnisse dem Abschlusse des Vertrages zu. Einen Rückblick über das verfloßene Kriegsjahr 1917 erstattete Kamerad Marten. Von einer Drucklegung sei Abstand genommen worden, doch soll mit Beendigung des Kriegsjahres ein zusammenfassender Bericht gegeben werden. Zur Vorstandswahl wurde der Vorschlag gemacht, den gesamten Vorstand wiederzuwählen, wozu die Versammlung ihre Zustimmung gab. Als Revisor wurde Kamerad Dausfeld hingewählt. Unter „Mitteilungen“ wurde berichtet, daß die Zahlung der Zulage am 10. Dezember bis auf einen Fall glatt erledigt sei. Nach Rücksprache mit der Firma Habermann & Anses habe auch diese schriftlich ihre Zulage gegeben und nachgezahlt.

(Jahresbericht.) Auch das Jahr 1917 blieb für uns ein Jahr der Enttäuschung. Der langersehnte Frieden, die Hoffnung, unsere noch immer an der Front anzuhehenden Kameraden wieder in unserer Mitte begrüßen zu können, ging nicht in Erfüllung. Immer schwerer lasten die Wirtschaftskrisen auf den Schultern der arbeitenden Bevölkerung. Je länger der Krieg dauert, desto größer sind die Ent-

behrungen und Einschränkungen geworden. In Gegensatz hierzu trat die Arbeitslosigkeit. Zimmerer wurden ständig gesucht. Seit Einführung der Arbeitslosenunterstützung ist es das erste Jahr, daß keine Unterstützung bezogen wurde. Die private Bautätigkeit ist zwar gegen das Vorjahr etwas gestiegen, liegt aber fast vollständig darnieder. Der übergroße Teil der Mitgliedschaft ist in der und für die Rüstungsindustrie tätig. Die Bautätigkeit zeigt folgendes Bild:

Jahr	Wohngebäude	Sonstige Gebäude mit Wohnungen und Bautätigkeiten	An- und Umbauten	Abbrüche	Meiner Zugang an Wohnungen
1914.....	64	68	508	30	180
1915.....	17	55	54	3	42
1916.....	8	53	46	18	11
1917.....	22	35	45	6	66

Im folgenden eine Uebersicht über die bewohnten und leerstehenden Wohnungen sowie über die Bevölkerungsbewegung. Die Zahl der leerstehenden Wohnungen betrug im Jahre 1911 2680 = 5,37 pzt., 1912 2308 = 4,51 pzt., 1913 1538 = 2,99 pzt. Da für Kiel ein Mindestvorrat von 3 pzt. errechnet ist, könnte für Kiel nach Beendigung des Krieges mit einer guten Bautätigkeit gerechnet werden, wenn Baumaterialien zu beschaffen sind und der Staat helfend eingreift.

Jahr	Vorhandene Wohnungen		Bevölkerung am Schluß des Jahres	Zunahme	
	überhaupt	leerstehende Anzahl Prozent		Personen	Prozent
1914.....	51 617	1060 2,06	227 883	5 444	2,39
1915.....	51 775	260 0,50	240 031	12 148	5,06
1916.....	51 756	150 0,29	242 588	2 552	1,06
1917.....	51 808	55 0,07	243 189	556	0,23

Bedingt durch das Hilfsdienstgesetz war der Wechsel an den Arbeitsplätzen kein großer. Die Arbeitsvermittlung konnte in vielen Fällen nicht erledigt werden. Immerhin konnten wir eine große Anzahl Anshilfen stellen, wozu gern Gebrauch gemacht wurde. Zum Ausdruck gelangt der gute Beschäftigungsgrad im Vergleich mit den letzten Jahren:

Jahr	Arbeitslosenmeldungen	Kontrolltage	Unterstützungstage	Unterstützungen bezogen	A	A
1914.....	851	7617	2954	210	5006	10
1915.....	120	461	98	14	96	46
1916.....	21	116	54	4	36	—
1917.....	—	—	—	—	—	—

Am Schluß des Jahres 1914 waren für Arbeitslosenunterstützung 1,21 077,85 mehr verausgabt als vereinbart. 1917 beträgt das Mehr nur noch 1,28 867. Die Agitation konnten wir besonders im letzten Halbjahr mit Erfolg betreiben. Leider müssen auch wir bestätigen, daß die Reklamierten ihre Wiederanmeldung lässig betreiben, besonders in den Großbetrieben. Die Mitgliederzahl am Schluß des vierten Quartals betrug 1914 418, 1915 293, 1916 253, 1917 340. Unter dem Zugang von 87 Mitgliedern waren 53 Neuaufnahmen. In den Privatbetrieben gehören nahezu alle Zimmerer dem Verbands an. Im Lohngebiet Kiel wurden 24 Betriebe mit 181 Zimmerern gezählt. Von diesen waren 19 Baugehülse mit 149 Zimmerern, 5 Zimmererbetriebe mit 12 Zimmerern. Außerdem beschäftigten 4 Fabrikbetriebe 14 Zimmerer und 17 Zimmerer waren außerhalb des Berufes in 14 verschiedenen Betrieben tätig. In den 3 Großbetrieben waren 106 Mitglieder tätig. In Breech fanden in 2 Zimmererbetrieben 7 Mitglieder Beschäftigung, die übrigen waren in Kiel beschäftigt. Vom Lohngebiet Boorde und Bordesbholm sind sämtliche Mitglieder in Werftbetrieben tätig. Versammlungen fanden 12 statt, wozu 3 mit Referenten. 15 Vorstandssitzungen, 8 Deputierten- und 20 Platzsitzungen wurden abgehalten sowie die Gaufestung besucht. 170 Feldpostsendungen gehen vierzehntägig an unsere im Felde stehenden Kameraden. Das Jahr 1917 bewies so recht die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Die andauernd steigende Verteuerung der Lebenshaltung zwang unsere Kameraden dauernd, einen Ausgleich der Löhne zu erstreben. Sollte doch der Vertrag mit 91 % Stundenlohn noch bis 31. März 1917 eventuell 1918 Geltung haben. Am 2. März sandten wir in Gemeinschaft mit den Bauarbeitern eine Eingabe an den Vorstand des Arbeitgeberverbandes, Lokallgruppe Kiel, sowie der Innung Bauhütte, die bestehenden Löhne erhöhen zu wollen. Am 31. März erhielten wir eine Zuschrift, daß der Stundenlohn vom 1. April ab freiwillig um 9 % erhöht sei. Falls jedoch eine allgemeine Lohnerhöhung erfolgen sollte, würden diese 9 % eingerechnet werden. Am 27. April folgte dann die zweite Teuerungszulage mit 15 %. Der Stundenlohn betrug damit für Kiel 1,08, für Breech 91 %, für Boorde 88 %, für Bordesbholm 84 %. Nach einer im Juli aufgenommenen Statistik wurde für das Lohngebiet Kiel ein Durchschnittslohn von 1,10, ein Höchstlohn von 1,25, ermittelt. Immer wahnsinniger werden die Preissteigerungen. Nach einer Aufstellung im Monat August war es einer Familie mit nur zwei Kindern unmöglich, den Lebensunterhalt aus dem Einkommen zu bestreiten. Am 12. September sandten wir eine neue Eingabe an die Lokallgruppe, worauf wir zur Antwort erhielten, daß diese dem Arbeitgeberbunde zugestellt sei. Am 10. Dezember ist dann die dritte Teuerungszulage in Kraft getreten. Der Lohnsatz beträgt nunmehr für

	30. 12. 1917	31. 1. 1918
Kiel.....	1,16	1,21
Breech.....	1,01	1,06
Boorde.....	96	1,01
Bordesbholm.....	94	99

Angeichts der enormen Teuerung hat auch diese Lage eine Befriedigung nicht ausgelöst, da die Bedarfsartikel des Lebens ungleich höher gestiegen sind. Differenzen bezüglich der Lohnzahlung waren in 2 Fällen zu erledigen, die nach Rücksprache geregelt wurden.

Die Einnahmen und Ausgaben der letzten Jahre betrugen:

Jahr	Einnahmen	Ausgaben	Mehr oder weniger Einnahmen
1914.....	M. 35 825,93	M. 32 993,44	+ M. 2832,49
1915.....	" 19 609,66	" 21 939,40	- " 2329,74
1916.....	" 13 434,24	" 15 629,78	- " 2195,54
1917.....	" 21 015,43	" 20 073,66	+ " 941,77

Unsere lokalen Ausgaben sind auf das Mindestmaß herabgesetzt. Nach Regelung unserer Beiträge im dritten Quartal 1917 ist wieder ein Aufschwung der Lokalfasse zu verzeichnen. Im Felde stehen 423 Kameraden, wovon 228 ledig und 195 verheiratet. 40 Kameraden der Zahlstelle sind gefallen, denen wir ein ehrendes Andenken bewahren werden. Für die Familien der Einberufenen ist alles getan worden, was in den Kräften der Zahlstelle stand. In die Familien der eingezogenen Mitglieder aus den umliegenden Bezirken, die keine Kieler Kriegshilfe erhielten, wurde eine besondere Unterstützung gezahlt. Da hierfür keine Beiträge mehr eingingen aus den Bezirken, die Kieler Kameraden die Abgabe an die Kieler Kriegshilfe leisteten, mußte die Unterstützung wegen Mangels an Mitteln im dritten Quartal eingestellt werden. Hierfür wurden allein M. 5248,70 aufgewendet. Insgesamt sind für Kriegsunterstützung gezahlt M. 20 434,06; aus der Zentralkasse M. 10 867, aus der Lokalfasse M. 9567,06. Außerdem wurde die 8. Rate der Zentralkasse im Betrage von M. 1737 gezahlt. An dem Ausbau der Kieler Kriegshilfe haben wir nach Kräften mitgearbeitet, die viele Unterstützungszweige eingeführt hat. Den Frauen der Einberufenen werden monatlich M. 61 und für jedes Kind M. 19 an Unterstützung gezahlt. Soffen wir, daß das Jahr 1918 den langersehnten Frieden bringen wird. An Arbeiten nach dem Frieden wird es nicht fehlen. Große Aufgaben stehen der Organisation bevor, wir werden sie bewältigen, je segensreicher, je mehr jeder einzelne sich berufen fühlt, zum Wohle des Ganzen mitzuwirken. Einigkeit tut not.

Viegnitz. Eine Mitgliederversammlung fand am 20. Februar statt. Zunächst gab Kamerad Jachsch die Abrechnung vom vierten Quartal bekannt. Die Einnahme der Hauptkasse betrug, einschließlich M. 550, die von der Hauptkasse zur Auszahlung der Familienunterstützung gefandt wurden, M. 833,20. Gefandt wurden in der M. 127,20 und in Leistungen für verbranntes Handwerkszeug M. 50. Der Rest von M. 676 für Familienunterstützung wird im ersten Quartal 1918 der Hauptkasse überwiesen. Die Einnahme der Lokalfasse betrug M. 99,60, die Ausgabe M. 69,86. Es verbleibt ein Lokalfassbestand von M. 1843,64. Die Abrechnung wurde für richtig anerkannt. Alsdann referierte Kamerad Schmidt, Breslau, über „Unsere Verbandsagitation, im Jahre 1918“. Redner führte den Anwesenden vor Augen, wie notwendig es sei, unsere Organisation weiter auszubauen; gäbe es doch noch eine Reihe von Städten, in denen der Verband noch nicht Wurzel gefaßt habe, desgleichen Orte, in denen die Kameraden sich ihrer Pflicht nicht bewußt seien und die bestehenden Zahlstellen eingehen ließen. In den letzteren gehöre auch unser Nachbarort Lüben, wo die Kameraden schon nach der Aussperrung ins Wanken geraten waren; aber jetzt, nachdem die Zimmerer eine beträchtliche Einbuße an Verdienst hätten, würden sie wieder Verbandsmitglieder werden. Auch im Interesse der Viegnitzer Kameraden liege es, daß die Nachbarorte organisiert seien, zumal die Unternehmer bei Submissionen ins Feld führten, sie könnten mit den Unternehmern aus diesen Orten nicht konkurrieren, da sie niedrigere Löhne zahlten. Wenn der Krieg erst einmal beendet sei, dann werde sich noch ein weit größeres Arbeitsfeld als bisher bieten. Aber auch schon jetzt sei Gelegenheit, den Kameraden klarzumachen, daß sie ihren Lohn nur durch die Organisation erzwingen hätten. Diese Auffassung könne jeder Kamerad am besten auf der Arbeitsstelle vornehmen. Die Beiträge seien noch die gleichen geblieben wie bei Kriegsausbruch. Die Kameraden müßten sich aber bewußt sein, was die Unternehmer im Schilde führen, und deshalb gilt es, in allen Zahlstellen von den beschlossenen Lokalfondsmarkten regen Gebrauch zu machen. Eine Diskussion hierüber fand nicht statt. Unter „Verbandsangelegenheiten“ bewilligte die Versammlung den Sinterbliebenen eines schon vor längerer Zeit verstorbenen Kameraden M. 20 Sterbegeld. Desgleichen sollen auch die Kameraden Sterbegeld erhalten, die Beiträge nicht mehr leisten, dem Verband aber mindestens fünf volle Jahre angehören. Nachdem Kamerad Jachsch noch bekanntgegeben hatte, daß bis jetzt auf die Lokalfondsmarkten M. 95 eingegangen seien, und jeder seine Pflicht tun möge, erfolgte Schluß der Versammlung.

Niesa. Am 5. Februar tagte unsere Generalversammlung. Sie hatte folgende Tagesordnung zu erledigen: 1. Vortrag des Kameraden Köhler. 2. Wichtige Zahlstellenangelegenheiten. 3. Jahres- und Kassenbericht. Die Versammlung wurde mit einer kurzen Begrüßungsansprache des Vorsitzenden eröffnet, in der er besonders dem Wunsch Ausdruck gab, daß die Versammlungen in diesem Jahre einen besseren Besuch aufweisen möchten. Hierauf sprach Kamerad Köhler, Dresden, über das Thema: „Welche Lehren ziehen wir aus den letzten zentralen Lohnverhandlungen im November 1917 in Berlin?“ Er entledigte sich seiner Aufgabe in vorzüglicher Weise. Seinen Ausführungen wurde allseitig zugestimmt. Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurde beschlossen, die lokalen Beiträge in allen Klassen um 10 % pro Woche zu erhöhen. Von einer Neuwahl des Vorstandes wurde abgesehen; nur die Revisoren und ein Parteidelegierter wurden neu gewählt. Alle geschäftlichen Angelegenheiten wurden wieder dem Kameraden Ermer übertragen. Aus dem vom Kameraden Ermer erstatteten Jahres- und Kassenbericht ist folgendes zu entnehmen. Die geschäftlichen Angelegenheiten der Zahlstelle wurden in vier Mitgliederversamm-

lungen und fünf wichtigen Sitzungen erledigt. Der Besuch der Versammlungen war sehr schlecht. Die Versammlungsmitglieder waren immer dieselben. Hier ist eine Besserung dringend notwendig, damit wir vor uns selbst aus dem Felde heimkehrenden Kameraden bestehen können. Die zentral vereinbarten Teuerungszulagen sind allenthalben ohne Schwierigkeiten anerkannt worden. Die Mitgliederbewegung gestaltete sich wie folgt: Bestand vom vorigen Jahre 65, eingetreten 18, zugereist 19; zusammen 102. Ausgetreten ist 1, geistlich sind 2, abgereist 29; somit verbleibt ein Mitgliederbestand von 70 Kameraden. Zum Militär eingezogen waren bis zum Jahreschluß 114, davon sind 62 verheiratet und 52 ledig. Gefallen sind 10 Kameraden, und zwar 7 verheiratete und 3 ledige. 3 Kameraden befinden sich in Gefangenschaft und einer ist vermißt. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug M. 2268,40, die Ausgabe M. 1716,80; in der Zahlstelle verblieben M. 551,60. Die Lokalfasse hatte M. 4410,24 Einnahme und M. 830,96 Ausgabe, so daß sich der Kassenbestand auf M. 3579,28 stellt. An Familienunterstützung auf Rechnung der Hauptkasse wurden seit Kriegsbeginn ausgegeben M. 2768, auf Rechnung der Lokalfasse M. 2297; zusammen M. 5065. Es wurden 3017 Beitragsmarken, 18 Eintrittsmarken und 114 Krankentaxen verkauft. Im allgemeinen hat unsere Zahlstelle den Krieg bis jetzt gut überstanden. Vor Erstattung des nächsten Jahresberichtes wird hoffentlich der Friede eingeleitet sein.

Stuttgart und Umgebung. Am 17. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Unter Anwesenheit von 103 Mitgliedern wurde dieselbe vom Kameraden Leuger eröffnet, der einleitend unserer im Felde stehenden und der gefallenen Kameraden gedachte, und zugleich auch einen kurzen Überblick auf die in letzter Zeit in verschiedenen deutschen Städten vorgekommenen Arbeitseinstellungen gab. Den Kassenbericht vom vierten Quartal, den Jahreskassenbericht sowie den Tätigkeitsbericht gab Kamerad Hefenauer. Den Bericht ist folgendes zu entnehmen: Die Einnahmen der Hauptkasse für das vierte Quartal betrugen M. 3333,60, die der Lokalfasse, einschließlich des Bestandes vom dritten Quartal, M. 7240,84. Der Revisor, Kamerad Schöneleber, erklärte, daß bei der Revision Belege, Gelder und Markenbestände vorgelegen haben und alles in bester Ordnung war, worauf dem Kassierer die Entlastung erteilt wurde. Die Jahreseinnahmen für die Hauptkasse betrugen M. 12 655,55. Die Ausgaben für Familienunterstützung betrugen M. 2486, für Arbeitslosenunterstützung M. 48,25, und für Reiseunterstützung M. 250. Zur Auszahlung der achten Rate der Familienunterstützung wurden M. 2533,05 an Orte gehalten. Im ganzen sind an Familienunterstützung M. 15 034 ausgezahlt worden. Die Jahreseinnahmen der Lokalfasse betrugen, einschließlich des Bestandes vom vierten Quartal 1916, M. 9783,45, die Lokalaufgaben M. 3484,07, der Bestand der Lokalfasse M. 6299,38. Die Mitgliederzahl betrug im ersten Quartal 351, im zweiten 413, im dritten 366 und im vierten Quartal 355. Erneuerungen und Neuaufnahmen haben 240 stattgefunden. Zum Heeresdienst waren am Schluß des Jahres 690 Mitglieder eingezogen. Als gefallen sind auf dem Bureau 54 Kameraden gemeldet worden. Mit den im Felde stehenden Kameraden hat die Verwaltung ständig Fühlung; es wurden im Geschäftsjahr 2500 „Zimmerer“ ins Feld gefandt. Eine große Anzahl Kameraden kommen während ihres Urlaubes auf das Bureau und erkundigen sich über die Organisationsverhältnisse. Im verfloffenen Geschäftsjahr fanden statt 6 Sitzungen des Vorstandes, 2 erweiterte Sitzungen, in denen jeweils ein Mitglied des Zentralvorstandes anwesend war. Ferner fanden 5 Hauptversammlungen statt; in einer derselben referierte Kamerad Schumann, Hamburg. Bezirksversammlungen, Besprechungen, Platzversammlungen und Hausagitationen fanden 237 statt. In 38 Fällen sind Verhandlungen mit den Unternehmern geführt worden. An obigen Arbeiten hat der Gauleiter, Kamerad Leuger, regen Anteil genommen. An Postfächern gingen aus: 137 Briefe, 58 Postkarten, 67 Geldsendungen und 2638 Druckfachen. Hefenauer besprach noch die Vertragsverlängerung, die Teuerungszulagen, das Hilfsdienstgesetz, die Arbeiterausschüsse, die Erfolge und die Arbeiten in der Agitation, und ernannte die Kameraden zur freudigen Mitarbeit. Der Bericht fand durch den Kameraden Leuger noch einige Ergänzungen. In der Diskussion wurde anerkannt, daß mit den Geldern sehr häuslichermäßig umgegangen worden wäre, das bezeuge der günstige Stand unserer Lokalfasse; auch in der Agitation wäre alles getan worden, was zur Stärkung unseres Verbandes beigetragen hätte. Das Resultat der Wahl des Vorstandes und der Gewerkschaftsdelegierten ergab die einstimmige Wiederwahl der seither tätigen Kameraden. Durch die Einberufung des zweiten Vorsitzenden und des zweiten Schriftführers mußten diese Posten neu besetzt werden. Diese Ämter wurden den Kameraden Jung und Kösside einstimmig übertragen. Ein Antrag des Kameraden Richter, den Kriegerfrauen eine Unterstützung aus der Lokalfasse zu gewähren, wurde dem Vorstand zur Begutachtung überwiesen. Ueber Neuregelungen in den Stuttgarter Ortskrankenkassen berichtete R. Wiegert. Die Zahl der Stufen sei von 8 auf 12 erhöht worden. In der 12. Stufe, die für unsere Kameraden allgemein in Frage komme, wird eine tägliche Krankenunterstützung von M. 6 gewährt. Ferner wurde noch bekanntgegeben, daß sich die Organisationsleitung der Mühe unterzogen habe, für diejenigen Kameraden, die ihre Lebensmittelmärkte von Stuttgart beziehen, je einen Bezugschein für ein Paar Stiefelsohlen und -felle zu erhalten, was allgemein begrüßt wurde. Leuger führte noch aus, daß die Unternehmer allerorts Maßnahmen treffen, um die Erweiterung ihrer Macht sicherzustellen. Der Krieg habe den Scheidungsprozeß bei den Unternehmern gefördert; die kleinen Unternehmer seien ausgeschaltet, arbeiten zum großen Teil wieder als Lohnarbeiter und haben das Heer der Indifferenten vermehrt und dadurch die Lösung wichtiger gewerkschaftlicher Fragen erschwert. Die Bemühungen, diese Leute aufzuklären und der Organisation zuzuführen, stoßen vielfach auf Widerstand, deshalb seien Mitarbeiter und Einigkeit in erster Linie notwendig, wenn der Verband seinen Einfluß erweitern und vergrößern will. Hierauf erfolgte Schluß der gut besuchten und in bester Harmonie verlaufenen Versammlung.

Baugewerbliches.

Offene Stellen für Zimmerer. Dem „Arbeitsmarkt-Anzeiger“ vom 28. Februar entnehmen wir, daß durch die Arbeitsnachweise folgender Orte Zimmerer gesucht werden: Ostpreußen: Allenstein 4, Angerburg 6, Goldap 10, Neidenburg 2; Pommern: Stettin 25; Posen: Kolmar 10; Brandenburg: Berlin 5, Brandenburg 2, Cottbus 8, Frankfurt 2; Provinz Sachsen: Erfurt 5, Mühlhausen 20, Dierburg 1; Königlich Sachsen: Dorna 15, Chemnitz 1, Leipzig 4; Thüringen: Apolda 10, Gotha 5, Jena 15; Bremen: Bremen 12, Bremerhaven 31; Schleswig-Holstein: Flensburg 4, Kiel 19, Lübeck 6, Rendsburg 1, Hamburg 11; Hessen, Hessen-Nassau: Frankfurt 15, Fulda 1, Hanau 2, Kassel 4, Mainz 20, Offenbach 2, Schmalkalden 2, Wiesbaden 10; Westfalen: Bochum 23, Dortmund 40, Hamm 3, Paderborn 8; Rheinland: Barmen 6, Elberfeld 5, Eschweiler 2, Essen 14, Bejel 20; Bayern: Kitzingen 2, Nürnberg 20, St. Ingbert 1, Schweinfurt 4, Weiden 3; Württemberg: Biberach 3, Friedrichshafen 7; Baden: Freiburg 3, Karlsruhe 10, Mannheim 10, Mühlheim 6, Oberkirch 1; Elßaß-Lothringen: Colmar 40, Metz 15, Mühlhausen 10, Rappoldweiler 100, Straßburg 60. Insgesamt werden in 60 Orten 706 Zimmerer gesucht.

50 pzt. Aufschlag zum Gesellenlohn als „Meistergeld“ in Hamburg. Der Baugewerbeverband zu Hamburg, E. V., erläßt in den Tageszeitungen eine Bekanntmachung, in der es heißt:

„Durch die sich immer höher gestaltenden Betriebskosten sehen sich die dem Baugewerbeverband angeschlossenen Gewerbegruppen der Maurerei, Zimmererei und Betonbau, Steinmetz- und Marmorergewerbe, Schnursteinbau, Siedbau, Plattengewerbe, Zwischenwände, Kunststeinfabrikanten und Abbruchunternehmer gezwungen, um die eigenen Geschäftskosten zu decken, eine weitere Erhöhung der Aufschläge (sogenanntes Meistergeld) für alle im Tagelohn auszuführenden Bau- und Ausbesserungsarbeiten vorzunehmen.“

Zur Deckung dieser eigenen Kosten einschließlich eines Geschäftsgewinnes von 10 pzt. wird ab 1. März 1918 auf alle tariflichen Stundenlöhne zuzüglich der zu zahlenden Kriegsteuerzuschläge der im Tagelohn zu stellenden Gesellen und Arbeiter ein Aufschlag von 50 pzt. in Rechnung gestellt werden.

Der unterzeichnete Verwaltungsausschuß bittet alle Bauauftraggeber, hiervon Kenntnis zu nehmen und eingehende Rechnungen mit dem obigen Aufschlag bezahlen zu wollen.“

Natürlich wird dieser Aufschlag nicht bloß bei „im Tagelohn auszuführenden Bau- und Ausbesserungsarbeiten“ berechnet, sondern bei allen Bauarbeiten. Es ergibt sich daraus, daß der „Meister“ bei der Beschäftigung von je zwei Gesellen einen Gesellenlohn für sich „verdient“, bei vier Gesellen zwei, bei sechs Gesellen drei Gesellenlöhne usw. In der bürgerlichen Presse wird dann über die „hohen Arbeiterlöhne“ gejammert, natürlich ohne daran zu erinnern, daß diese nicht die Arbeiter, sondern die „Meister“ in die Tasche stecken.

14 pzt. Kriegsprofit verteilt die Aktiengesellschaft Held & Franke in Berlin an ihre Aktionäre. Das „Berliner Tageblatt“ vom 21. Februar 1918 berichtet darüber:

„Nach dem in der Generalversammlung vorgelegten Geschäftsbericht ergibt sich für das Geschäftsjahr 1916/17 ein Gewinn aus Bauten von M. 490 397 (1915/16 M. 435 568). Hierzu treten noch Zins- und Kontoeinnahmen in Höhe von M. 99 223 (M. 101 878), so daß ein Bruttoertragnis von M. 622 071 (M. 568 837) zur Verfügung steht. Nach Abschreibungen von M. 242 093 (M. 232 473) verbleibt einschließlich M. 32 450 (M. 31 890) Vortrag ein Ueberschuß von M. 379 977 (M. 336 363). Daraus wird, wie schon gemeldet, eine Dividende von 14 pzt. (12 pzt.) ausgeschüttet; dem Spezialreservefonds werden wieder M. 50 000 zugewiesen, auf neue Rechnung werden M. 32 586 vorgezogen. Der Jahresbericht stellt fest, daß alle Abteilungen des Unternehmens mit Erfolg gearbeitet haben; der Zugang an Aufträgen war zufriedenstellend. In der Bilanz erscheinen unter anderem ein Bankguthaben in Höhe von M. 977 042 (M. 928 823), Debitoren mit M. 583 831 (M. 319 888) und Kreditoren mit M. 805 408 (M. 548 334). Auf verschiedene Anfragen teilte die Verwaltung mit, daß die Zugänge zum Kasseinrichtungskonto nur sehr gering sein würden; es seien zwar noch einige Käufe erfolgt, im großen ganzen sei das Konto aber abgeschlossen. Bezüglich der Ausfichten könne nur gesagt werden, daß diese im allgemeinen zufriedenstellend seien. Die Versammlung, in der acht Aktionäre mit M. 747 000 Aktienkapital vertreten waren, genehmigte sodann die Jahresrechnung und setzte die Dividende auf 14 pzt. fest.“

Zu diesen überaus fetten Kriegsprofiten haben auch die Vertreter des christlichen und des freien Bauarbeiterverbandes im Kriegsausschuß für das Baugewerbe beigetragen, indem sie die bei dieser Firma beschäftigten Zimmerer, die seinerzeit eine Lohnerhöhung forderten, mit der Begründung abgewiesen haben, daß der Stundenlohn von M. 1,50 ein „angemessener Lohnsatz“ sei.

Anzeigen.

Aufforderung. Alle diejenigen Mitglieder, welche ihre Schadenersch Ansprüche, entstanden durch den Brand am 22. Mai 1917 auf dem Gelände der Feldmunitionsanstalt III in Adlershof, bei der Firma Nagel & Freitag, Berlin, Bernburger Straße 14, geltend gemacht haben, können sich den Betrag bei der Firma abholen, oder dem Gauleiter Antkwyer, Berlin, Engel-Ner 15, Vollmacht erteilen. Letzteres gilt besonders für diejenigen Mitglieder, welche nicht mehr in Berlin wohnen oder unter dessen wieder zum Heeresdienst eingezogen sind.